

Die wirtschaftliche Bewegung, von der kommunistischen Weltpartei geföhrt, ist der Todfeind der kapitalistischen Ausbeuterordnung in allen Ländern und die organisierte Kraft zur Befreiung der Arbeiter, Kleinbauern und des hungernden Mittelstandes.

Im den Marxismus, niedergurigen, ist eine Götterfrage der Kapitalisten, und darum ist von Hilters radikalem Programm und von der faschistischen Praxis nichts anderes übriggeblieben als der blutige Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und die kommunistische Partei.

Das erkennen in zunehmendem Maße die proletarischen Nachfolger des Faschismus. Der Wahnsinn in Sachsen war ein Scheitern, wenn der Hilters in dieser Richtung weitergeführt wird. Die gerillten Führer der Nationalsozialisten, die Straßer, Buchruder und Genossen haben daraus die Konsequenzen gezogen. Sie sind für Beibehaltung der radikalen Phrase. Sie bangen um den Zusammenbruch der faschistischen Massenbasis. Sie lassen den alten Hilters fort und bekämpfen den neuen.

Aber wie Hilters ursprüngliche radikale Phrasologie ein internes Betrugsmotiv war, so ist es die Politik der Straßer u. Co. nicht minder.

Auch sie sind die Feinde des Marxismus und damit Feinde der proletarischen Revolution. Auch sie sind für die kapitalistische Republik und damit für die Erhaltung des kapitalistischen Machtapparates im Kampfe gegen die Revolution. Auch sie schreiben in derselben Nummer des Sächsischen Beobachters, in der das Manifest für die „Beseitigung des Besitzmonopols“ erscheint, daß sie der Überzeugung seien, „daß erst der sozialistische Wille der Arbeiterklasse die Industriellen zu einer nationalen Frontstellung zwingen muß, die allein eine wirkliche Lösung dieser Dauerfrage bringen kann“.

Wozu ja, hinten los! Wozu für die Enteignung der Kapitalisten, hinten für das Bündnis mit den Kapitalisten in „nationaler Frontstellung“?

Auch ihr Kampf gilt nur dem Marxismus, der revolutionären Arbeiterbewegung, und die Kapitalisten werden von bombardiert mit radikalen Phrasen.

Aber Zweifel, daß angesichts der Spaltung der Nazi-Partei für uns Kommunisten eine selten günstige Gelegenheit gegeben ist, den Zerwürfnißprozess zu beschleunigen, die kleinbürgerlichen und proletarischen Elemente aus der Front der faschistischen Arbeitermörder herauszureißen.

Darum diskutiert mit den Kleinbürgern, spricht mit den proletarischen Anhängern des Faschismus. Demaskiert die Hilters u. Co. als bezahlte Kapitalistenknechte, demaskiert die Buchruder und Straßer als gerillte Demagogen.

Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise, nicht nur für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern auch für die Kleinbauern und Mittelständler. Dieser Ausweg ist die proletarische Revolution, das revolutionäre Bündnis des Proletariats mit den ausgebeuteten Zwischenschichten. Das Banner der Revolution wird geföhrt von der kommunistischen Weltpartei. Es wird schon mehr als 15 Jahre erfolgreich vorwärts getragen von den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion. Nur diesen Ausweg gibt es, sonst nichts!

Für diesen Kampf schloßen wir die revolutionäre Einheitsfront mit den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern, für diesen Kampf werden wir auch die proletarischen Nachfolger des Faschismus gewinnen.

Nieder mit dem Faschismus! Es lebe der Marxismus!
Nieder mit der kapitalistischen Diktatur! Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Attentat auf die Dresdner Wohlfahrts-erwerbslosen

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung teilte Nösch aus Verärgerung über die bürgerlichen Parteien mit, daß der Rat im Einvernehmen mit sämtlichen Fraktionsführern (außer Kommunisten) beschlossen habe, die Bedarfsfrage für die Wohlfahrts-erwerbslosen, Fürsorgeempfänger und Rentner herabzusetzen. Betrogene, wehr! zeigt dieser Gesellschaft, an der Spitze die Führer-Partei, daß ihr nicht willens seid, auf der Straße zu verrecken! Am Montag, dem 7. Juli, 18 Uhr, soll die Beratung des Schandhaushaltsplanes im Rathaus vor sich gehen.

Die Streifbrecher von Nordwest

Gewerkschaftsbürokratie will die Niederlage — Sammelt für Mansfeld und Nordwest! Föhrt selbst den Kampf für eure eigenen Forderungen!

Effen, den 4. Juli 1930.

Die Front der Streikenden im Nordwestgebiet steht im schmerzlichen Kampf gegen Streikbruch und Verrat der Gewerkschaftsföhler, sowie gegen den sozialfaschistischen Polizeiterror. Mit großer Energie föhrt die AGD den Streik. Den vereinigten sozialdemokratischen und christlichen Führern und den kommunistischen Führern gegen die Streikenden gelang es, den Streik in einigen wenigen Betrieben zu beenden. Demgegenüber war die AGD imstande, neue Kruppbetriebe und neue Betriebsabteilungen in den verschiedenen Städten des Nordwestgebietes in den Kampf zu föhren.

Bei der Gellentener Bergwerks-AG sind heute morgen die Abteilungen Radiatoren und Abblüß zusammen mit 1200 Mann Belegschaft in den Streik getreten. Ein Ueberfallkommando wurde von der Direktion in den Betrieb geschickt. Ein SPD-Kadaster mußte aus der Versammlung verschwinden.

In der Kute-Hölsing-Hütte in Gellentener wurde nach einem Verbot des roten Betriebsratsvorsitzenden der Betrieb mit 1400 Mann vollständig stillgelegt.

Bei Grillo-Funk, Gellentener, ist heute der Betrieb stillgelegt worden, nur noch ein kleiner Teil der Belegschaft arbeitet. Die Direktion erklärt, daß sich die Produktion nicht mehr lohne, und legte den ganzen Betrieb still. Auch in Mühlheim sind einige andere kleine Betriebe neu in den Streik getreten.

In Bohum wurde heute die gesamte Kombacher Hütte stillgelegt.

In Dülledorf ist heute im Betrieb Lagerberg die Belegschaft in voller Stärke von 800 Mann in den Streik getreten.

Bei Krupp in Effen hat heute eine Abteilung wieder zu arbeiten begonnen, während zwei neue Abteilungen unter Führung der AGD den Betrieb verließen, so daß bei Krupp in Effen acht Abteilungen streiken.

In Mühlheim wurden heute morgen die Tore der Werke von der Polizei des Sozialfaschistischen Regimes besetzt und die Streikposten kilometerweit durch mehrere Hundert Polizisten attackiert. Unter der Polizei sollen auch 200 Reichsmehrladungen in Polizeiform sein. Am Abend zuvor hatten die DWA-Führer gemeinsam mit der christlichen Bürokratie ohne Beteiligung der Mitglieder den Beschluß zum Abbruch des

SPD-Preußen für Hungerprogramm des Bürgerblods

Annahme im Reichsrat — SPD-Arbeiter, heraus aus der Partei der Massenausplünderer!

Berlin, 3. Juli. (Eig. Bericht.)

Der Reichsrat nahm am Donnerstag mit großer Mehrheit das sogenannte **Bedungsprogramm** der Reichsregierung an. Für dieses Programm stimmten 56 Ländervertreter, dagegen 9. In diesem Programm sind nicht nur enthalten die neuen Steuern, sondern auch die Maßnahmen zum Unterhaltungsraub bei den Erwerbslosen. Als Hauptinhaltsstück dieses Bürgerblodsprogramm trat der Vertreter der sozialdemokratischen Presse, Ministerialdirektor **Wreth** auf. Wreth erklärte nicht nur namens der preussischen Regierung die bedingungslose Zustimmung zum Erwerbslosenunterhaltungsabbau, zum sogenannten **Beamtennotopfer**, das in seiner Auswirkung einer Gehaltskürzung der unteren Beamten gleichkommt, sondern er forderte ausdrücklich ein großzügiges Sparprogramm.

Welcher Art dieses Sparprogramm sein soll, zeigt eine Resolution, die einstimmig im Reichsrat, also mit den Stimmen auch der sozialdemokratischen Vertreter, angenommen wurde. Diese Entschließung lautet:

„Die Reichsregierung wird ersucht, sobald wie möglich die notwendigen Geleitzwüße vorzulegen, um der übermäßigen Belastung der Gemeinden durch die **Wohlfahrts-erwerbslosen** abzuhelfen.“

Als der Reichsrat einstimmig den Abbruch der Wohlfahrtsunterstützung, Bemerkenswert ist auch die Haltung des Vertreters der thüringischen Nazi-Regierung. Dieser erklärte sich ausdrücklich mit der **Bedingungslos-**

einverstanden, und fügte namens seiner Regierung hinzu, daß sie mit einem großzügigen Sparprogramm einverstanden sei unter der Voraussetzung, daß am Reichsrat keine politische Entscheidung vorgenommen werden.

Diese Zustimmung der SPD zum Bedungsprogramm übertrifft noch die sozialdemokratische Aktion zur Rettung des Bürgerblods vor einigen Monaten. Gingen damals die Sozialdemokraten vom Verfall der preussischen Regierung im Reichsrat ab, so ist es dieses Mal das gesamte, Steuer- und Unterhaltungsraub umfassende Hungerprogramm des Bürgerblods, dem eine christlich-sozialdemokratische Regierung ihre Zustimmung erteilt.

Nach diesem Auftakt ist nicht daran zu zweifeln, daß die sozialdemokratischen Führer auch im Reichstag die Herrschaft des Bürgerblods sichern werden. Welcher christliche Arbeiter kann noch Mitglied einer Partei sein, die sich in ihrer Politik durch nichts mehr von dem Herrschaftsregime des reaktionärsten Bürgerblods unterscheidet?

Zur gleichen Zeit, da SPD-Braun im Reichsrat der Bedungsgrundlage des Bürgerblods seine Zustimmung erteilt, berichtet der „Vorwärts“ unter der Überschrift „Hungerkrisen für Erwerbslose — der Bürgerblod feiert sozialreaktionäre Orgien“ eine Mitteilung aus dem Reichstagsausschuß über geradezu draconische Straßbestimmungen, die dem Arbeitslosenunterhaltungsabbau eingefügt werden sollen. Nach ihnen soll die Arbeitslosenunterstützung bis zu 16 Wochen einzigen werden können, falls der Arbeiter seine Arbeitstelle „freiwillig“ aufgibt.

Raub des Koalitionsrechts!

Ein verbrecherischer Anschlag der SPD auf die Beamten / Wer Kommunist ist, soll fliehen

Berlin, 3. Juli.

Die preussische Regierung des Sozialfaschisten Braun hat ein allgemeines Verbot der Zugehörigkeit zur SPD für Beamte erlassen. Als Begründung gibt die Regierung an, daß die SPD nach der Entwicklung, die sie genommen hat, „als staatsfeindliche Organisation den Umsturz der bestehenden Staatsordnung will“. Gegen alle Beamten, die der kommunistischen Partei angehören, oder die sich für sie betätigen oder sie unterstützen, „wird ein Disziplinarverfahren mit Entlassung aus dem Dienste eingeleitet“.

Dah auch für die Angehörigen der NSDAP diese Bestimmungen gelten sollen, ist ein Scheinmanöver zur Vorbereitung eines Kampfes gegen die Faschisten, um so brutaler gegen die revolutionären Beamten vorgehen zu können. Die preussische Regierung raubt auf diese Weise das nach der Reichsverfassung zugesicherte Koalitionsrecht und übertreibt selbst Nazi-Feind.

Die „Linken“ als Einseitiger der größten Koalition Sie können die Zeit nicht abwarten

Dresden, 4. Juli.

Der Führer der Wirtschaftspartei, Weber, entwidelt in der bürgerlichen Presse das Regierungsprogramm der zu bildenden

fächlichen Regierung. Als zu erledigende Aufgaben fordert er laut „Leipziger Volkszeitung“ u. a.:

- „Gesetzliche Anerkennung der Stundungsordnung, Mieterhöhungen, weitere Einschränkung des Mieterzinses, Herabsetzung der Gewerbesteuern für die großen Betriebe, gesetzliche Festlegung der ermäßigten Grundsteuern für die Großgrundbesitzer, Sondersteuern für die Konsumvereine, Geld werden kopfsteuer und andere Herrlichkeiten nach Thüringer Muster hinzuzufügen.“

Mit dieser selben Wirtschaftspartei hat sich der sächsische NSDAP-Führer Arndt zum gemeinsamen Regierungsbindnis bereit erklärt. Jedoch in das keine Sonderstellung des Herrn Arndt. Die gesamte sächsische „Linke“ SPD-Fraktion beharrt auf der bedingungslosen Großen Koalition, den Arbeiten den Verrat schamhaft machend mit dem Hinweis auf ein drohendes Nazi-Kabinett. Ein geiziges wieder verweist die „Leipziger Volkszeitung“.

Es ist auch nicht wahr, daß die Regierungsbildung das Kopierbrechen der Bürgerlichen sei, denn es handelt sich dabei um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse, um die es sich lohnt, daß die Sozialdemokratie einige Anstrengungen macht, um das Schlimmste zu verhüten. Wer angesichts der drohenden Gefahren für das sächsische Proletariat von vornherein den bürgerlichen Parteien und den Nazis die Mühe der Regierungsbildung überlassen will, der leistet der Arbeiterklasse im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen den denkbar schlechtesten Dienst. Die Sozialdemokratie hat ihren Willen zur Regierungsbeteiligung wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Im Reich zur Rettung des Bürgerblods, in Sachsen bedingungslos Koalition bis zur deutschnationalen Wirtschaftspartei, das ist das „Rettungsprogramm“ der SPD-Führer zur Niederrückung der sächsischen Gefahr. Es ist das Programm, das dem Faschismus den Weg bereitet, die Bürgerblodiktatur unterstützt, die Unternehmerröflichkeit fördert, das Proletariat aller Raubplänen des Klassenfeindes ausliefern will. Nach Sturm in den Betrieben! Bildet mit den SPD-Arbeitern die kämpfende Einheitsfront gegen das drohende Koalitionsverbrechen der SPD-Führer.

Lohnabbau für Inferate

Die Korruption der SPD-Presse

Um jetzt, währenddem die SPD außerhalb der Regierung, nicht und „Opposition“ spielt, auf die SPD-Führer einen Druck auszuüben und sie für seine Pläne noch gefügiger zu machen, hat der Reichsverband der Deutschen Industrie seinen Mitgliedern den Rat gegeben, die Inferatenaufläge für die SPD-Zeitungen einzuschneiden. In dem vorliegenden diesbezüglichen Zirkular des Geschäftsführers des Reichsverbandes schreibt der „Vorwärts“ am 3. Juli folgende schamlose Sätze:

„Diese Aktion gegen die Arbeiterpresse ist zur selben Zeit erfolgt, als die Gewerkschaften mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie am Verhandlungstisch saßen. Der Zweck ist eine Kontroverse und eine Berrückelung gegen die sozialdemokratische Presse. Das Präsidium der Reichsverbandes der Deutschen Industrie muß nun Farbe bekennen, ob es diesen Schmarimacherstreich mitmachen will.“

Das heißt doch nichts anderes als: geht uns weiterhin in Inferate und wir werden dafür noch energischer die Lohnabbauaktion unterstützen.

Die kämpfendbewußten Arbeiter werfen die korrupte SPD-Presse aus dem Haus.

Sächsischen Schupo-Beamte wählen NSD

Die Wahlergebnisse zum Sächsischen Landtag zeigen eine harte Zunahme, besonders auch unter den unteren Polizeibeamten. In Chemnitz hat sich innerhalb eines Jahres die Stimmzahl für die kommunistische Partei in der Schupo fast um 64 auf 147 erhöht.

Die unteren Polizeibeamten kommen immer mehr zu dem Erkenntnis, daß nur die kommunistische Partei sie in ihrem wirtschaftlichen Kampf und gegen die Schikanen der Polizei unterstützt.

Der Reichsrat gegen Amnestie

Der Reichsrat wandte sich mit Mehrheit gegen die von Reichstag am Mittwoch-Mehrheit beschlossene Amnestie. Die Folge wird sein, daß die Amnestievorlage noch einmal in Kabinettsberaten und abgestimmt wird. Das ist das Verdienst der SPD.